

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 23
32. Plenarsitzung, Freitag, 5. Mai 2017

Gutachtliche Prüfung des Verkaufsprozesses
zum Flughafen Hahn durch den Landesrechnungshof

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

05.05.2017

1. Dimension des Berichts

Der Landesrechnungshof ist nicht irgendeine Institution. Er ist eine unabhängige, neutrale Instanz, die Prozesse objektiv betrachtet und bewertet. Wenn er sich zu Wort meldet, hat das seinen Grund. Vor allem: Sein Wort sollte nicht verhallen. Bis der Landesrechnungshof einen Bericht verfasst, der eine derart deutliche Sprache spricht, der einer Landesregierung ein solches vernichtendes Zeugnis ausstellt, muss viel passiert sein.

Über ein halbes Jahr lang hat er 467 Aktenordner gesichtet, ausgewertet, eingeordnet und die Vorgänge der unterschiedlich Beteiligten an dem gescheiterten Verkaufsversuch zusammengeführt. Eines ist gewiss: Dass nichts Neues in dem Bericht stünde, wie sowohl der Innenminister als auch die Ministerpräsidentin behaupten, ist nicht nur eine Herabwürdigung der Arbeit, sondern es ist schlicht nicht wahr.

Wie sagte Frau Dreyer (Dpa, 26.4.): *„Es ist für uns in vielerlei Hinsicht nichts Neues gewesen.“* In vielerlei Hinsicht – wohl wahr, Ihr Umgang mit dem Rechnungshofbericht ist wahrlich nichts Neues. Aber die Reaktion darauf von der Spitze der Landesregierung zeigt, wie wenig sie sich schon den vorherigen Bericht zum Nürburgring angeschaut, ernst genommen und wie wenig sie versucht hat, die Wiederholung eklatanter Fehler zu vermeiden.

Herr Minister Lewentz, Frau Ministerpräsidentin Dreyer - wenn Sie sich nur halbwegs so intensiv mit dem angeblichen Milliardär, dem Hochstapler, den luftigen Versprechungen über die Frachtentwicklung und die unrealistischen Ziele, wenn Sie sich nur annähernd so ernsthaft mit dem Businessplan, der eine absolute Luftnummer ist, beschäftigt hätten, dann wäre Ihnen dieser folgenschwere, hochnotpeinliche Fehler nicht zum wiederholten Male passiert.

Die Arbeit des Rechnungshofes nun so lapidar abzuklassieren mit dem Hinweis, eigentlich stünde da nichts Neues drin, zeigt Ihr mangelndes Unrechtsbewusstsein, zeigt Ihren nachlässigen Umgang mit Warnungen und Hinweisen, zeigt eine überhebliche und fahrlässige Art, mit dem Landesvermögen und dem Schicksal von Menschen umzugehen.

Oder aber im Bericht des LRH ist für den Innenminister und die MP wirklich alles bekannt, dann haben sie alles zu jeder Zeit gewusst gewusst, aber es billigend in Kauf genommen - sie wollten den Hahn einfach so schnell wie möglich auf irgendeine Art los werden. Koste es, was es wolle. Und die Bad Bank soll die Beraterfirma sein, die an allem Schuld ist. Das, was der LRH vorgelegt hat, ist ein Erdbeben. In jedem anderen Land hätte das personelle Konsequenzen.

Wie Sie hier vorgehen als Landesregierung und als sie tragenden Fraktionen, ist ein permanentes Verantwortungsverschieben, ein ununterbrochenes Verantwortungsdelegieren. Aber: Der Wähler hat nicht eine Beraterfirma gewählt, sondern Sie - die Verantwortung liegt bei Ihnen. Wer glaubt, nur für das, was gut läuft, die Verantwortung reklamieren zu können, aber für das, was eine Katastrophe ist, die Verantwortung auf teuer bezahlte Berater outsourcen zu können, und das zum wiederholten Male - der missbraucht das Vertrauen der Bürger, der hat seine Jobbeschreibung falsch verstanden.

Leider ist es nicht der erste Bericht dieser Art. Erschreckende Parallelen gibt es zum Nürburgring! Der Rechnungshof hat in seinem Bericht mehrfach dargelegt, dass die Landesregierung aus den Erfahrungen am Nürburgring genau hätte wissen müssen, wie Geschäftspartner sorgfältig auszusuchen sind. All diese Vorgaben und Hinweise haben Sie aber am Hahn missachtet.

Herr Lewentz, Sie selbst waren damals auch in die Vorkommnisse am Nürburgring in Ihrer Funktion als Staatssekretär involviert. Sie hätten es besser wissen müssen. Wegen der Fehler am Nürburgring wurde ein Finanzminister zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt. Und trotzdem wurden die gleichen, eklatanten Fehler erneut gemacht.

Nach den unglaublichen Vorgängen am Nürburgring, den der rheinland-pfälzischen Steuerzahler bislang über eine halbe Milliarde Euro gekostet haben, hätte es keiner für möglich gehalten, dass eine Landesregierung sich in so kurzer Zeit mit unseriösen Geschäftspartnern wieder einlässt und ein Großprojekt, tausende von Arbeitsplätzen und die Zukunft einer Region fahrlässig aufs Spiel setzt.

Die Grünen sagten damals zum Nürburgring, das sei alles vor ihrer Zeit gewesen - und machten dann trotzdem alles mit. Die Hahnvorgänge fallen nun in die Regierungszeit der Grünen. Und sie machen trotzdem alles mit. Die FDP sagt zum Hahn, das sei vor ihrer Zeit gewesen, und macht alles mit. Leider wiederholt sich Geschichte. Die Parallelen sind frappierend zum Nürburgring:

1. Ein zweifelhaftes, riskantes Projekt
2. Keine genauen Zahlen
3. Keine genauen Pläne
4. Windige Geschäftsgebaren

5. Unbekannte Hintermänner
6. Öffentlichkeit und Parlament werden getäuscht
7. Erst werden Käufer als seriös gelobt, und man macht schöne Fotos
8. Kritische Nachfragen von Opposition und Journalisten sind unerwünscht und werden weggewischt
9. Und wenn dann scheibchenweise die Wahrheit ans Licht kommt, sind andere Schuld.
10. Das ist routinierte Dreistigkeit!

Die Geschichte wiederholt sich - von Herrn Beck auf Frau Dreyer, von der SPD, auf die Grünen auf die FDP.

2. Umgang mit Fehlern - Schuld sind immer nur andere

Politiker sind nicht unfehlbar. Wir alle machen Fehler. Aber wie geht man mit einmal gemachten Fehlern um? Wie häufig kann man bedenkenlos die gleichen Fehler immer wieder machen? Wie lange ist die Lernkurve, die Regierungspolitiker für sich beanspruchen können? Und wie oft kann man lapidar darauf verweisen, dass wir alle doch nur Menschen seien, wie Frau Ministerpräsidentin postulierte und damit beanspruchte, dass solche Vorgänge nun mal einfach passieren können, fertig, basta?

Sie selbst haben bei Regierungsantritt, Frau Ministerpräsidentin, die moralische Latte sehr hochgelegt. Sie haben ausgiebig betont, dass Sie anders seien als Ihr Ziehvater Kurt Beck. Dass Sie seine Fehler nicht wiederholen. Dass Sie aus den gravierenden Fehlern des Nürburgring-Desasters gelernt hätten.

Ich zitiere aus dem LRH-Bericht 2010, damals ging es um den Nürburgring, Drs. 15/4741, S. 28:

„(Die gebotene Sorgfalt bei der Auswahl von Geschäftspartnern) verlangt schon im gewöhnlichen kaufmännischen Geschäftsverkehr, sich über Professionalität, Seriosität, Bonität und Liquidität eines Vertragspartners hinreichend zu vergewissern. Für Unternehmen der Öffentlichen Hand ist darüber hinaus ein rechtlich einwandfreies Handeln möglicher Geschäftspartner von besonderer Bedeutung.“ Man hätte es für den Hahnverkauf also wissen müssen als Regierung!

Nun heißt es im Bericht des LRH zum gescheiterten Hahnverkauf:

„Das Innenministerium unterließ es, sich vor wesentlichen Entscheidungen im Verkaufsprozess ein eigenes Bild der Professionalität, der Seriosität und Bonität der Bieter zu verschaffen.“

Fehler, die hätten aufgrund der Erfahrungen am Nürburgring nicht nur vermieden werden können, sondern müssen!

Wie sagten Sie noch bei Ihrer Regierungserklärung, Frau Ministerpräsidentin (Plenarprotokoll 16/79 vom 14.10.2014, S. 5261): *„Der Ausbau des Nürburgrings war ein Fehler. Solche Fehler wird es unter meiner Führung nicht mehr geben.“* Sie betonten, dass wir Sie gerade an Ihrem Umgang mit solchen Fehlern messen sollten. Nun werden Sie an dem Gesagten gemessen, und was ist Ihre Antwort: *„Ich habe einen sehr guten Innenminister.“* *„Wir sind doch alle nur Menschen.“* Ich bin mir sicher, das würde mancher Arbeitnehmer auch gerne sagen können, der wegen wiederholte Fehler eine Abmahnung und dann Kündigung bekommt.

Mit Ihrer Argumentation tun Sie so, als würde es gar nicht mehr auf die Qualität einer Regierung ankommen, sondern lediglich auf das Durchhaltevermögen der Bürger, die das Regierungsversagen finanzieren. Denn es sind sehr wohl massive Schäden entstanden, enorme Kosten durch Ihre Schlamperei:

- Beraterkosten über 12 Millionen Euro
- Personalkosten
- Reisekosten
- Imageverlust, der das Land beim Verkauf in eine schlechtere Verhandlungsposition brachte - und damit zu einem äußerst niedrigen Verkaufspreis führte.
- Und wir haben nicht vergessen: Dass der Flughafen in einer solchen Misere ist, Millionenverluste verzeichnet, hunderte Millionen Euro Zuschuss mit Steuergeldern bekam und bekommt - das Ganze ist das Ergebnis von jahrelangem SPD-Regierungshandeln (Rauswurf Fraport, falsche Entscheidungen in der Geschäftsführung, BONIzahlungen etc.)

- Dieses Geld fehlt nun bei den Polizisten, den Schulen, dem Straßenbau, noch nicht einmal 50 000 Euro haben Sie übrig für Organisationen, die Frauen in Not helfen (SOLWODI)
- Der LRH-Bericht ist eine Dokumentation des Scheiterns.

Und die regierungstragenden Fraktionen tun so, als sei nichts geschehen, einfach weitermachen, es wird ja alles besser. Das ist unverantwortlich.

Rolle FDP

17. WP - 5. Sitzung, 23.05.2017

Abg. Thomas Roth, FDP

"Jede gute Beziehung beruht nun einmal in erster Linie auf Vertrauen. Das gilt nicht nur im Privaten, sondern auch im Geschäftlichen und selbstverständlich auch beim Koalitionspartner. (...)

(...) das bedeutet, dass wir uns hier sicher sind, dass die Verhandlungen unter der Federführung von Herrn Minister Lewentz sowie seines Innenministeriums nach bestem Wissen und Gewissen und zum Wohl des Landes Rheinland-Pfalz mit Hinblick auf eine zukünftig positive Entwicklung des Flughafens Hahn geführt worden sind.

17. WP - 5. Sitzung, 23.05.2017

Abg. Thomas Roth, FDP

„Ich hatte gesagt: Fachleute, deren täglich Brot es ist, objektiv und grundlegend zu evaluieren. – Es gibt also für uns keinen Zweifel, dass das Innenministerium in Zusammenarbeit mit der KPMG hier gute Arbeit geleistet hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich kann mir kaum vorstellen, dass Sie ernsthaft die Kompetenz der KPMG infrage stellen. Uns allen ist doch die wirtschaftlich sinnvolle Fortführung des Betriebs des Flughafens Hahn und der Erhalt der mit dem Flughafen verbundenen vielen, vielen Arbeitsplätze ein absolut wichtiges Anliegen.“

Pressekonferenz 2.5., Thomas Roth: *Wir Fraktionen wollen mehr Informationen aus erster Hand.* Ja, wer hält Sie denn davon ab? Wenn das eine Opposition sagt, würde ich das noch verstehen. Aber Sie als regierungstragende Fraktion wollen aus erster Hand Infos haben. Ja wer denn dann, wenn nicht Sie?

Es seien beim ersten Verkauf „handwerkliche Fehler“ gemacht worden. Was heißt hier handwerkliche Fehler? Die Tischvorlage falsch kopiert oder einen Tippfehler beim Käufernamen gemacht? Das ist ein handwerklicher Fehler. Aber das Vorgehen der Landesregierung ist ein grobfahrlässiges Vorgehen gewesen.

Mangelnde Sorgfaltspflicht ist nach den Vorgängen am Nürburgring nicht mehr zu entschuldigen. So heißt es im Bericht des LRH: *„Bereits bei einer Plausibilitätsprüfung hätten ihm die Mängel (---) auffallen müssen.“* Das sind wahrlich nicht nur handwerkliche Fehler, Herr Kollege Roth.

Rolle SPD

Uns ist aufgefallen, genau wie Ihr Vorgänger Kurt Beck sieht Ihr Sprachgebrauch nur vor, „es“ wurden Fehler gemacht. Sie sagen selbst nach den aufgedeckten Vorfällen noch nicht einmal: Ich habe Fehler gemacht.

Dpa, 2. Mai 2017, Schweitzer:

„Es sind Fehler passiert, sie sind im Innenministerium passiert.“

Also einfach passiert sind sie nicht. Sie sind gemacht worden, und zwar vom Innenminister.

Immer wieder hören wir von den SPD den Leersatz: *„Die SPD steht zu Ihrer Verantwortung.“* Verantwortung und Haftung gehören zusammen. Wenn die Übernahme von Verantwortung nicht von taten begleitet wird, ist dieser Satz nichts mehr wert.

Herr Schweitzer, wir erinnern uns an Ihre Aussage: Es gibt keine Alternative zu diesem Käufer.

Zwischenruf von Herrn Haller im Protokoll vom 23. Juni 2016 (S.178)

„Das ist auch so.“

Rolle KPMG

Nicht deren Rat brauchten Sie, sondern den Sündenbock. Die Regierung ist nicht die Opfer arglistiger Täuschung, nicht die Opfer falscher Berater! Sie selbst haben die Berater beauftragt und vor allem den Auftrag definiert, der auch noch unzureichend war. Der Vertrag mit KPMG trägt die Unterschrift Ihres Beihilfeexperten aus der Staatskanzlei. Die Vergütungsvereinbarung mit KPMG trägt die gleiche Unterschrift, Staatskanzlei.

3. System Dreyer ähnelt System Beck

Eklatante Fehler, die die Regierung schon einmal machte, die Millionen Steuergelder gekostet haben, diese Fehler abermals zu wiederholen, das ist grob fahrlässig! Diese Landesregierung lernt gerade nicht aus ihren Fehlern. Hier liegt der Fehler im System. Es wird hier eine Kultur der Verantwortungslosigkeit und Unbekümmertheit etabliert, wie wir es von Herrn Beck schon kannten.

Indem Sie, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, diesen Rechnungshofbericht herunterspielen, indem Sie an Ihrem Innenminister festhalten und alle Fehler von sich weisen, wird das „System Beck“ nun zum „System Dreyer“.

Und wir reden hier ja nicht von irgendwelchen Lappalien. Wir reden auch nicht nur von kleinen Verfehlungen im Verkaufsverfahren. Der fast 100-seitige Bericht des Landesrechnungshofes deckt vielmehr auf, dass Sie, Herr Lewentz, wirklich alles falsch gemacht haben, was man in einem solchen Verkaufsverfahren nur falsch machen kann.

Was der Rechnungshof in seinem Bericht zusammengestellt hat, lässt einen - gelinde gesagt - staunend zurück. Wie kann eine Landesregierung wirklich jede Warnung in den Wind schlagen, wie kann man die offensichtlichsten Anzeichen für die Unseriosität des damaligen Käufers nur derart ignorieren?

4. Ein Blick in den Businessplan hätte genügt

Dabei hätte ja schon ein Blick in den Businessplan gereicht, um angesichts des Größenwahnsinns des vermeintlichen Milliardärs stutzig zu werden. Aber den durften Sie ja angeblich nicht bewerten, haben Sie immer wieder behauptet.

Der Rechnungshof stellt nun zurecht fest, dass das Land sehr wohl die Befugnis hatte, den Businessplan in Hinblick auf die Seriosität und Solvenz des Käufers zu bewerten. Ja, sogar die Pflicht hatte. Wer aber nicht sehen will, der schaut auch nicht hin.

Ist ja nicht Ihr Geld, ist ja nicht Ihre Zukunft, ist ja nicht Ihr Arbeitsplatz. Aber es ist das Vertrauen der Wähler, das Sie hier missbrauchen. Ein Blick in den Businessplan – und Ihnen hätte auffallen müssen, Herr Lewentz, mit welchem Geschäftspartnern Sie es zu tun haben, wie unrealistisch Geschäftsprognosen waren:

Ich zitiere aus dem Bericht:¹

„Zunächst fällt auf, dass SYT oft dieselben Fluggesellschaften und Allianzen unterschiedlich benannte oder unterschiedliche Schreibweisen nutzte (...)“

„Die geplante Steigerung des Frachtaufkommens war nicht nachvollziehbar.“

„Die geplanten Frachtmengen waren unrealistisch“. (...) Um den Best Case zu erreichen, hätte SYT damit nahezu die gesamte potentiell verlagerbare Fracht in Deutschland an den Flughafen Frankfurt-Hahn ziehen müssen.“

„Wie die zugrunde liegende Steigerung der Fracht erzielt werden sollte, war nicht einleuchtend“

„Die beabsichtigte Gewinnung weiterer Luftfahrtgesellschaften war ebenfalls unrealistisch“.

Anrede, die Investitionsplanungen der SYT waren nicht nur in der Sache völlig aus der Luft gegriffen, sondern die dort angegebenen Zahlen waren nicht einmal richtig addiert. Der Landesrechnungshof kam zum Fazit:

„Die Businesspläne, die angegebenen Kontakte sowie die Investitionsplanungen waren schon bei kursorischer Prüfung weder realistisch noch nachvollziehbar. Das hätte, nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen mit den Nürburgring-Projekten und aufgrund der Anmerkungen des FM (Finanzministeriums), das auf von Anfang an erkennbare Ungereimtheiten hingewiesen hatte, Anlass geben müssen, sie einer vertieften Prüfung und kritischer Bewertung zu unterziehen sowie den einzelnen Behauptungen nachzugehen.“²

¹ LRH-Bericht S. 33 f..

² LRH-Bericht S. 40.

Bei solch gravierenden falschen und unrealistischen Angaben hätte es nach Ansicht des Rechnungshofes kein wirtschaftlich und vernünftig handelnder Marktteilnehmer unterlassen, weitere Nachforschungen anzustellen. Nur Sie Herr Lewentz, Sie haben solche Nachforschungen nicht angestellt. Das ist grob fahrlässig.

5. Überprüfung der Käufer

Der LRH hat Ihnen schon in der Vergangenheit nahegelegt, Ihre Geschäftspartner mit der gebotenen Sorgfalt auszuwählen. Das war eine der zentralen Punkte im Gutachten des Rechnungshofes zu den Ereignissen am Nürburgring, wo Sie bereits auf Betrüger hereingefallen waren. Trotzdem haben Sie alle Bedenken über Bord geworfen und eine tiefere Überprüfung der Gesellschafter von SYT abgelehnt. Und das, obwohl das Finanzministerium deutliche Zweifel anmeldete und die Einschaltung einer Wirtschaftsdetektei empfahl.

Wir fragen uns nur, Frau Ministerin Ahnen, welche Argumente ausschlaggebend waren, dass Sie Ihre Zweifel zurückzogen und die Hand im Kabinett für das Vorgehen hoben. War das der Wunsch von Frau Dreyer? Warum haben die Ministerpräsidentin und die anderen Kabinettsmitglieder, nicht die offensichtlichen Zweifel gehabt, und wenn doch, warum wurde nicht auf die Klärung insistiert?

Herr Lewentz, oder haben Sie sich bei Nachfragen die Ohren zugehalten? Oder gar etwas berichtet, was die Kabinettsmitglieder ruhig stellen sollte, aber eher postfaktischen Charakter hatte? Der LRH schreibt hierzu:

„Im Hinblick auf die Bedeutung und Transaktion und die spezifischen Risiken bei Geschäften mit chinesischen Vertragspartner hätte das Innenministerium die Hinweise der Beratungsgesellschaft auf die begrenzte Aussagekraft der Integritätsprüfung und die Verantwortung des Verkäufers, den Umfang der Recherchen zu bestimmen, sowie die Anmerkungen des FM (Finanzministeriums) beachten und eine Tiefenrecherche sowie ggf. Vor-Ort-Besuche in Auftrag geben oder selbst vornehmen müssen“.³

³ LRH-Bericht S. 63.

Gefälschte Bankbelege, so der Rechnungshof, hätten China-Experten auf den ersten Blick erkannt. Warum haben Sie keine China-Experten hinzugezogen? Im Übrigen werden solche China-Experten gerne in Anspruch genommen, wenn es um China-Reisen der Landesregierung geht.

Der Bericht ist eine Aneinanderreihung von derart eklatanten Fehlern. Wir glauben Ihnen nicht, Herr Lewentz, dass Sie von all dem nichts wussten. Und Sie sagten ja dann selbst, dass der LRH-Bericht für Sie nichts Neues hervorbringe. Der Rechnungshof schreibt weiter zur Prüfung der Bieter:

„Dem Land hätte auffallen müssen, dass die durch die Beratungsgesellschaft eingeholten Informationen zur Bonität von SYT unzureichend waren. Bereits der Entwurf der Know Your Third Party Reports (...) beinhalteten kaum oder nicht nachvollziehbare Angaben zu den Unternehmensdaten von SYT“.⁴

Herr Lewentz, Sie haben sich vergangene Woche in einer Pressekonferenz dem Vorwurf verwehrt, dass Sie bewusst mit Betrügern verhandelt hätten. Aber zu welchem anderen Schluss soll man kommen, wenn man diesen Bericht liest? Es gibt ja keinen Fehler, den sie nicht ausgelassen hätten.

6. Bedenken von Finanzministerium und Wirtschaftsministerium

Wenn Ihnen, Herr Minister Lewentz, die Ungereimten nicht aufgefallen sind, dann ist es ja nicht so, dass sie nicht anderen Ressortministerien aufgefallen wären. Im Nachhinein wenig schmeichelnd für Sie, Herr Lewentz, aber genauso wenig schmeichelnd für die Fraktionen von SPD, FDP und Grüne.

Wie wir dem Bericht entnehmen können, hat das Finanzministerium mehrfach im Vorfeld der Erstellung der Ministerratsvorlage auf Ungereimtheiten im Businessplan hingewiesen. Im Finanzministerium hatte man wohl wenigstens den Businessplan gelesen. Viel Zeit brauchte man dazu ja nicht.

⁴ LRH-Bericht S. 65.

Angemerkt wurde u.a., dass belastbare Dokumente fehlten, die die Angaben der SYT bestätigten. Angesprochen wurden u.a. die immense Fracht- und Passagiersteigerungen. Das Finanzministerium hielt eine Tiefenrecherche für unabdingbar und regte an, über die erfolgte Prüfung hinaus eine Wirtschaftsdetektei mit weiteren Recherchen zu beauftragen.⁵

Auch das Wirtschaftsministerium hatte kurz vor der entscheidenden Ministerratsitzung am 30. Mai Redebedarf. Die Inhalte eines Gespräches am 23.5. wurden in einer E-Mail an das Innenministerium zusammengefasst. Darin heißt es:

*„Wir wären Ihnen darüber hinaus auch vor dem Hintergrund der Anregung des Finanzministeriums zu weitergehenden Recherchen für eine Mitteilung über die Ergebnisse der Überprüfung des wirtschaftlichen und finanziellen Hintergrundes der Investoren und genannten Partnerunternehmen dankbar“.*⁶

Trotzdem wurde die Ministerratsvorlage nicht mehr verändert. Erstaunlich, wie schnell Frau Ministerin Ahnen und Herr Minister Wissing sich von ihren Fragen abbringen und beruhigen ließen und die Hand für das hoben, was sie kurz vorher noch fragwürdig fanden. Und nicht nur das. Der Rechnungshof kommt zu dem Ergebnis, dass Sie, Herr Lewentz, dem Ministerrat nicht nur eine Vorlage vorlegten, die die Sach- und Rechtslage im Zusammenhang mit dem Verkaufsprozess unvollständig und undifferenziert darstellte.⁷

Nein, Sie haben auch alle Angaben der SYT ohne nähere Prüfung, ohne kritisches Hinterfragen in diese Vorlage mit aufgenommen und in der Vorlage den Anschein zu erwecken versucht, dass der Businessplan geprüft sei und dass es sich bei der SYT um einen seriösen Geschäftspartner handele. Sie haben den Ministerrat mit dieser Vorlage getäuscht, Herr Lewentz! Sie haben dem Ministerrat eine postfaktische Kabinettsvorlage untergeschoben. Und Sie Frau Dreyer sagen, Sie hätten einen prima Innenminister?

⁵ LRH-Bericht, S. 39 f.

⁶ LRH-Bericht, S. 95.

⁷ LRH-Bericht, S. 95

Die Staatskanzlei war frühzeitig in die Verkaufsverhandlungen mit eingebunden. Sie hatten eine eigene Task-Force in der Staatskanzlei gebildet. Sie wurden immer wieder über den Stand des Verkaufsverfahrens informiert. Sie hätten in Ihrer Verantwortung als Ministerpräsidentin, in der Verantwortung für die Region, für die Arbeitsplätze im Hunsrück dafür Sorge tragen müssen, dass diese Landesregierung nicht schon wieder auf Betrüger hereinfällt. Das waren die von Ihnen selbst gesetzten Maßstäbe. Sie haben sie nicht eingehalten.

- Sie haben nicht dafür Sorge getragen, dass die potentiellen Käufer eingehend geprüft wurden.
- Sie haben die Bedenken des Finanzministeriums nicht zum Anlass genommen, näher hinzuschauen.
- Sie haben Warnungen ignoriert, nur, damit Sie den Flughafen Hahn schnell loswerden.

Als schon die Bilder einer Pappkarton-Firma über die Bildschirme flackerten, als sich auch in der Öffentlichkeit die Anzeichen verdichteten, dass Sie Betrügern aufgesessen sind, da sagten Sie:

„Nach den Dingen, die wir haben überprüfen lassen, gab es für mich keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass das ein seriöser Partner ist.“⁸

Nach dem Bericht des Landesrechnungshofes wissen wir jetzt: Es gab so viele Anlässe, an der Seriosität des Käufers zu zweifeln, dass der Landesrechnungshof hierzu fast 100 Seiten füllen konnte. Wer diesen Bericht gelesen hat kann nicht ernsthaft glauben, dass Ihnen keine Zweifel gekommen sind. Ihre Finanzministerin hatte Zweifel, Ihr Wirtschaftsminister hatte Zweifel. Nur Sie haben von alledem nichts mitbekommen? Wie sollen wir Ihnen das glauben? Sie haben den Hahn zur Chefsache gemacht.

Indem Sie nun jede politische Konsequenz ablehnen, führen Sie nahtlos die Politik Ihres Amtsvorgängers fort. Damit wird das „System Beck“ endgültig zum „System Dreyer“.

⁸ SWR v. 21.6.2016.

7. Wer übernimmt die Verantwortung?

Politisches Handeln muss mit Verantwortung verbunden sein. Wer übernimmt also die Verantwortung dafür, dass die Landesregierung trotz des Debakels am Nürburgring erneut auf Betrüger hineingefallen, fahrlässig vorgegangen ist und erneut Steuergelder verschwendet hat?

Frau Dreyer lehnte bereits im vergangenen Jahr einen Rücktritt und somit die Übernahme von Verantwortung ab. Sie schob Ihre Gesamtverantwortung auf den Innenminister ab. Der wiederum auf seinen Innenstaatssekretär Stich. Der wiederum schob die Verantwortung wahlweise auf den Bernsteinhändler oder KPMG ab. KPMG hat ein gutes Geschäft mit der Regierung gemacht und ihr Konto aufgebessert. Hat sich die Verantwortung nun in Luft aufgelöst? Wohl kaum!

Frau Dreyer, Sie sprechen davon, dass Sie einen sehr guten Innenminister hätten. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie ein schlechter Innenminister dann vorgehen würde! Es gäbe keinen Grund für seinen Rücktritt.

Frau Dreyer (Dpa 26.4): *„Für mich stellt sich einfach die Frage eines Rücktritts oder personeller Konsequenzen nicht.“*

Ihnen vielleicht nicht, aber vielen anderen schon! Ich bin auf dem Weg zum Plenarsaal heute Morgen an einem SPD-Plakat vorbeigekommen zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Zeit für mehr Gerechtigkeit“. Redner ist der ehemalige, von Ihnen entlassene Finanzminister Kühl.

„Zeit für mehr Gerechtigkeit“. Ja, damit muss die SPD, damit müssen Sie Frau Dreyer sich wahrlich beschäftigen. Was muss wohl Herr Kühl gedacht haben, der nach dem Rechnungshofbericht zum Nürburgring seinen Hut nehmen musste, aber viel weniger involviert war als Herr Lewentz, der nach dem jetzigen Bericht bleiben darf? „Für mehr Gerechtigkeit“ klingt hier nach einem Weckruf an die eigene Regierungschefin.

Oder Herr Hartloff, warum hat er noch einmal seinen Ministerposten verloren? Bei dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Hering wissen wirs. Aber Sie, Frau Dreyer, lehnen es grundsätzlich ab, für eklatantes Regierungsversagen persönlich Verantwortung zu übernehmen.

men. Sie lehnen es auch ab, dass Ihr Innenminister, der Ihr SPD-Landesvorsitzender ist, die Verantwortung übernimmt und persönliche Konsequenzen zieht. Sie geben ihm sogar eine Job-Garantie – die hätten die Mitarbeiter am Hahn auch gerne.

Die staunende Öffentlichkeit fragt sich: Welche kost- und folgeschweren Fehler muss Herr Lewentz eigentlich noch begehen, damit er die politische Verantwortung übernimmt? Mit Ihrem Handeln befördern Sie Politikverdrossenheit, weil es ihn sichtlich zuvorderst um interne Machtarythmetik geht. Und beklatscht wird das von den Fraktionen SPD, FDP und Grünen.

Herr Lewentz, Sie haben aus den Fehlern der Vergangenheit gerade nicht gelernt, das hat Ihnen der Rechnungshof in diesem Bericht dezidiert nachgewiesen. Sie haben eindeutige Warnungen in den Wind geschlagen, sind offensichtlichen Ungereimtheiten nicht weiter nachgegangen. Sie haben das Parlament, Sie haben Ihre Kollegen im Ministerrat, aber Sie haben auch die Öffentlichkeit getäuscht. Nach dieser Aneinanderreihungen von Fehlern ist es eigentlich ein Skandal im Skandal, dass Sie heute in diesem Plenarsaal überhaupt noch in Ihrer Funktion als Innenminister sitzen. Nach einem solchen Rechnungshofbericht hätte jeder, der noch einen Funken einen Verantwortungsbewusstsein für sein eigenes Handeln besitzt, die notwendigen Konsequenzen gezogen. Aber scheinbar hatten Sie bislang nicht die Kraft, diesen längst überfälligen Schritt zu gehen.

Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion Sie auf:

- Übernehmen Sie Verantwortung für Ihre Fehler, die Ihnen der Rechnungshof attestiert hat.
- Zeigen Sie den Bürgern unseres Landes, dass politische Fehlentscheidungen auch Konsequenzen haben.

Herr Lewentz, machen Sie den Weg frei und treten Sie zurück. Das gebietet der Respekt vor den Wählern, vor den Steuerzahlern. Unverständlich, dass Sie trotz allem so an Ihrem Stuhl kleben. Der Grund dafür ist aber nicht nur seine fehlende Einsicht, sondern auch die fehlende Einsicht von Ihnen, Frau Dreyer. Jeder Arbeitnehmer hätte längst seinen Job verloren. Warum soll ausgerechnet der Innenminister eine Jobgarantie auf Steuerzahlerkosten genießen? Frau Dreyer, wenn Sie den Rücktritt von Herrn Lewentz ablehnen, dann ist einmal mehr die Gesamtverantwortung bei Ihnen - auch für all das, was im Innenministerium schief gelaufen ist.

Herrn Lewentz wie eine Art Bad Bank im Amt zu halten, damit man nicht nach Ihrer Verantwortung fragt, das wird nicht aufgehen. Sie hatten bei Ihrem Amtsantritt den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land etwas versprochen: Ich darf aus Ihrer Regierungserklärung aus Oktober 2014 zitieren. Sie haben ihre Worte damals im Zusammenhang mit dem Gutachten des Landesrechnungshofs zum Nürburgring gewählt. Sie sagten:

„ (...) ich lese dabei oft, dass ein Gradmesser für meine Glaubwürdigkeit sei, wie ich mit der Vergangenheit umgehe. (...) Solche Fehler wird es mit mir als Ministerpräsidentin nicht mehr geben. (...) Ich denke anders und handele auch anders. (...) Wir haben ganz bewusst konkrete strukturelle Sicherungen eingebaut. (...) Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich als Ministerpräsidentin davon leiten lasse. (...) In diesem Zuge haben wir uns einen Kodex für „Gute Unternehmensführung und Transparenz“ gegeben.“⁹

Frau Dreyer, Was ist aus Ihrem Versprechen geworden? Was muss in diesem Land eigentlich noch alles passieren, damit sich in Ihrer Regierung jemand zu seiner Verantwortung bekennt?

Was muss passieren, damit in Ihrer Regierung jemand wegen seines Fehlers zurücktritt und Verantwortung und Haftung dann zusammenkommen, wie in anderen Berufsbereichen außerhalb eines Parlamentes?

17. WP - 7. Sitzung, 12.07.2016

Abg. Thomas Roth, FDP

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich teile die Auffassung, dass die Vorgänge Konsequenzen haben müssen, aber – das ist auch die Meinung der Landesregierung – die Frage ist nur: Welche? – Um zu beurteilen, welche Konsequenzen angemessen sind, sollten wir zunächst einmal abwarten, bis auch wirklich alle Fakten vorliegen.“

Herr Kollege Roth, die Fakten liegen jetzt auf dem Tisch, was sind denn Ihre Konsequenzen?

Ein Leserbriefschreiber (Jürgen Sieler, Bad Breisig) in der Rheinzeitung brachte es auf den Punkt:

„Ist ja nicht das erste Mal, dass wir regierungsamtliche Unfähigkeit ausbaden müssen. (...) auf jeden Fall habe ich mir einen Politiker immer so vorgestellt: verantwortungsbewusst, vertrauenserweckend, klare Kante, sparsam wie ein Finanzbeamter, glaubwürdig. Tatsächlich

⁹ Plenarprotokoll 16/79, S. 5263

regiert bei uns längst Mittelmaß. (...) Wenn es mal heiß werden sollte in der Küche, dann ist von den Köchen, die das angerichtet haben, kaum noch einer anzutreffen (...)“

Wenn Herr Lewentz nicht freiwillig zurücktritt oder Ihnen gar zu verstehen gibt, dass er Ihr SPD-Landesvorsitzender ist und nicht zurücktreten will, dann ist es an Ihnen als Regierungschefin, ihn zu entlassen. Das wäre die glaubwürdige politische Konsequenz aus dem Organisations- und Regierungsversagen.